

FPÖ warnt: Autoverbot in Wien gefährdet Wirtschaft und Senioren!

FPÖ-Chef Nepp kritisiert das geplante Autoverbot in Wien und warnt vor negativen Folgen für Wirtschaft und Mobilität älterer Menschen.



Wien, Österreich - Am 6. April 2025 kritisierte der FPÖ-Obmann Dominik Nepp scharf den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig von der SPÖ für dessen Entscheidung, ein Autoverbot in der Innenstadt umzusetzen. Nepp bezeichnete diesen Schritt als einen „Anschlag auf die Wirtschaft und ältere Menschen“. Er warf Ludwig vor, während der Corona-Zeit durch Lockdowns bereits viele Geschäfte und Dienstleister in den Ruin getrieben zu haben.

Nepp äußerte zudem Bedenken, dass das neue Autoverbot besonders für ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität ein großes Hindernis darstellen könnte, wenn es darum geht, die Innenstadt zu besuchen. Die FPÖ hebt hervor, dass es an

realistischen Alternativen für Autofahrer mangle. Insbesondere stellte Nepp fest, dass die bestehenden Garagenplätze in der Stadt unzureichend seien, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken.

Widerstand gegen das Autoverbot

Die FPÖ Wien kündigte bereits Widerstand gegen das Autoverbot an und plant, die Maßnahme sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu bekämpfen. „Die Wiener Innenstadt muss für alle Menschen, auch für Autofahrer, offenbleiben“, forderte Nepp und betonte die Notwendigkeit eines zugänglichen Innenstadtangebotes.

Zusätzlich warnte Nepp, dass die umliegenden Bezirke durch das Autoverbot stark zugeparkt und belastet werden könnten. In diesem Zusammenhang wird auf die Erfahrungen anderer Städte verwiesen, die ähnliche Maßnahmen ergriffen haben. In Bezug auf nachhaltige Mobilität betont eine Publikation des Deutschen Städtetages die Notwendigkeit, verkehrsberuhigte Zonen zu schaffen und gleichzeitig die Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen im Auge zu behalten. Es ist wichtig, auch die Mobilität älterer Menschen zu sichern, während gleichzeitig umweltfreundliche Lösungen gefördert werden.

Der Streit um das Autoverbot in Wien spiegelt ein größeres Thema wider, das viele Städte betrifft: den Balanceakt zwischen nachhaltiger Städteplanung und der Aufrechterhaltung des Zugangs für alle Bürger. Hierbei kommt der Politik eine entscheidende Rolle zu, die sowohl wirtschaftliche Interessen als auch soziale Gerechtigkeit berücksichtigen muss.

Für weitere Informationen zu nachhaltiger städtischer Mobilität können Sie die Publikation des Deutschen Städtetages **hier** einsehen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.staedtetag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at